Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen		Vorlage	Datum
I/20.20.02	öffentlich	2015/040	20.02.2015

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Gemeinderat	10.03.2015				

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit ihren Anlagen für 2015

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan mit ihren Anlagen für das Jahr 2015 werden in der vorgelegten Fassung unter Einbeziehung des Änderungsblattes vom 25.02.2015 (Anlage 1) sowie den sich in der heutigen Ratssitzung ergebenden Änderungen beschlossen.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Nach Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2015 wird die Haushaltssatzung beim Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde zwecks Genehmigung angezeigt. Nach Genehmigung wird die Haushaltssatzung bekannt gemacht und tritt damit in Kraft.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [**X**] nein []

[**X**] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung am 16.12.2014 den Entwurf der Haushaltssatzung sowie den Haushaltsplan mit ihren Anlagen für das Jahr 2015 zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Die in den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss bisher gefassten Beschlussempfehlungen mit finanziellen Auswirkungen sowie die seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzveränderungen sind in der als Anlage 1 beigefügten Änderungsliste aufgeführt.

Auf folgende von der Verwaltung vorgeschlagene Ansatzveränderungen (die tlw. bereits in der Sitzungsvorlage 2015/021/1 erläutert wurden) wird hingewiesen:

Produkt 10.04.01 Unterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber

Der Zustrom von Flüchtlingen hält unvermindert an. Es ist davon auszugehen, dass kurz- und mittelfristig der Gemeinde Ostbevern vermehrt weitere Personen zugewiesen werden. Die Verwaltung schlägt vor, kurzfristig eine weitere Mitarbeiterin/Mitarbeiter als geringfügig Beschäftigte/n einzustellen, die/der die Mitarbeiter des Fachbereiches IV/Gebäudemanagement hinsichtlich der Organisation der Unterbringung unterstützt. Hierfür sind zusätzliche Personalaufwendungen in Höhe von rd. 7.500 € im Haushalt zu veranschlagen. Eine Änderung des Stellenplanes ist nicht erforderlich, da es sich um eine zeitlich befristete Stelle handelt.

In der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 10.02.2015 haben die Ausschussmitglieder die vorgestellte Planung für den Neubau einer Unterkunft für Asylbegehrende zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wurde beauftragt, einen Vertragsentwurf zum Erwerb der Immobilie zu erstellen. Über den Abschluss des Vertrages soll in der Sitzung des Rates am 10.03.2015 entschieden werden (siehe Sitzungsvorlage 2015/044).

Der Entwurf des Haushaltsplanes sieht Ansätze für die Anmietung der neuen Immobilie ab Oktober 2015 vor. Aufgrund der zu erwartenden Zuweisungen und notwendigen Unterbringung weiterer Personen, z. B. in anzumietenden Wohnungen, schlägt die Verwaltung vor, diese Ansätze (2015: 14.400 €, Folgejahre jeweils: 57.600 €) im Haushalt zu belassen.

Neu zu veranschlagen sind der Kauf der neu zu errichtenden Immobilie sowie hierfür Tilgung, Abschreibung (wobei von einer Nutzungsdauer von 50 Jahren ausgegangen wurde) sowie Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Bauunterhaltung. Bei Aufnahme eines Kredites der NRW-Bank sind Zinsaufwendungen in den ersten Jahren nicht zu veranschlagen. Die Verwaltung schlägt vor, den ursprünglich vorgesehenen

Haushaltsansatz für den Kauf der Immobilie von 1,2 Mio. € um 50.000 € zu erhöhen. Mit diesem Betrag sollen Verdunkelungsmöglichkeiten (Rolläden oder Vorhänge) sowie die bislang optional angebotenen Trennwände einschl. zusätzlicher Türen finanziert werden, damit Schlafräume für jeweils 2 Personen entstehen. Weiterhin könnten mit diesem Betrag evtl. erforderliche Auflagen der Genehmigungsbehörde im Rahmen der Bauantragsprüfung finanziert werden.

Produkt 12.01.01 Bau von Straßen, Wegen und Plätzen

Für die Arbeiten zur Einrichtung eines Abfall-Containerstandortes im Neubaugebiet Kohkamp II wurden die Aufträge in 2014 erteilt. Der Unternehmer konnte jedoch aufgrund der Witterungsverhältnisse nicht alle Arbeiten in 2014 abschließen, so dass die Schlussrechnung erst in 2015 gestellt werden konnte. Da eine Ermächtigungsübertragung im Ergebnishaushalt nicht erfolgt, ist für diese Arbeiten ein Betrag in Höhe von 10.000 € neu zu veranschlagen.

Für die Fertigstellung der Westumgehung hat im Finanzplan eine Neuveranschlagung sowohl von Landeszuwendungen als auch von Baukosten in Höhe von jeweils 500.000 € für 2015 zu erfolgen, da Mittel für eine Ermächtigungsübertragung aufgrund einer vorübergehend zurück zu zahlenden Landeszuwendung nicht mehr gegeben sind.

Produkt 12.02.01 ÖPNV

Die Verwaltung hat in der vergangenen Woche im Beisein von MdB Sendker ein Gespräch mit einem Vertreter der Deutschen Bahn zur möglichen Umsetzung der Barrierefreiheit am Bahnhof Ostbevern geführt. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Umsetzung der Barrierefreiheit in zwei Projekte zu unterteilen ist.

Die Anhebung des Bahnsteigs zur Sicherstellung eines stufenlosen Einstiegs in den Zug wird seitens der Deutschen Bahn mittelfristig nicht umgesetzt, da die Voraussetzungen (u. a. mindestens 1.000 ein- und aussteigende Fahrgäste) am Bahnhof nicht gegeben sind. Die Kosten, die von der Deutschen Bahn als Eigentümer der Schienen sowie des Bahnsteigs getragen würden, belaufen sich nach ersten vorläufigen Schätzungen auf über 2 Mio. €.

Da die Unterführung am Bahnhof von der Gemeinde Ostbevern unterhalten wird, hat diese Verbesserungen im Sinne eines barrierefreien bzw. –armen Übergangs, z. B. durch Rampen oder den evtl. möglichen Einbau von Aufzügen, zu finanzieren. Die Kosten für einen Aufzug beliefen sich bei ähnlich gelagerten Projekten auf rd. 400.000 €. Unter bestimmten Voraussetzungen gewährt der Zweckverband Schie-

nenpersonennahverkehr Münsterland eine Förderung in Höhe von rd. 50 %. Die im Entwurf des Haushaltes in den Jahren 2016 und 2017 veranschlagten Beträge können somit halbiert werden.

Die Gemeinde Ostbevern hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Mit ersten Ergebnissen hinsichtlich der Realisierbarkeit sowie ersten Kostenschätzungen ist im 1. Halbjahr 2015 zu rechnen.

Produkt 16.01.01 Allgemeine Finanzwirtschaft / Gesamtfinanzplan

Aufgrund der Veränderungen bei den investiven Ansätzen ergibt sich ein veränderter Bedarf bei den Investitions- und Liquiditätskrediten sowie hieraus resultierende Änderungen bei den Zins- und Tilgungsansätzen. Hinzu kommt die voraussichtliche Inanspruchnahme des Kreditprogramms bei der NRW-BANK für die Investitionen im Bereich der Asylbewerberunterkünfte. Eine weitere Änderung ergibt sich dadurch, dass nach derzeitigem Sachstand davon ausgegangen wird, dass die Kreditermächtigung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 1.200.000 € nicht in Anspruch genommen werden kann, da das Saldo aus Investitionstätigkeit im Jahr 2013 nicht ausreichend hoch sein wird.

Bei der Entwicklung der liquiden Mittel sind die beabsichtigten Übertragungen von Haushaltsermächtigungen aus dem Jahr 2014 einzukalkulieren. Sie betragen rd. 1,4 Mio. € (siehe Sitzungsvorlage 2015/039).

Stellenplan

Ein Mitarbeiter der Verwaltung ist seit einiger Zeit erkrankt. Die Verwaltung ist daran interessiert, die vakante Stelle, voraussichtlich mit einer/m tariflich Beschäftigten, zeitnah zu besetzen. Um jedoch im Jahr 2015 eine Stelle im Bereich der tariflich Beschäftigten überhaupt besetzen zu können, bedarf es der Ergänzung des Stellenplanes um eine zusätzliche Stelle der Entgeltgruppe 12. Insofern wird auf die gegenüber dem Entwurf des Stellenplanes sowie der Stellenübersicht geänderte Anlage 3 verwiesen. Eine Erhöhung der veranschlagten Personalaufwendungen ergibt sich hierdurch nicht.

Anträge und Anfragen im Rahmen der Haushaltsberatungen

Dieser Sitzungsvorlage liegt des Weiteren eine Übersicht über alle Anträge zum Haushalt 2015 als Anlage 2 bei. Die Übersicht enthält eine Kurzangabe des Antragsinhaltes sowie das bisherige Ergebnis der Beratungen in den Ausschüssen. Aus Sicht der Verwaltung bedarf es noch in der Sitzung des Rates zu den Anträgen mit den lfd. Nr. 14, 15, 26 sowie 33 der Erörterung und Beschlussfassung.

Gesamthaushalt

Die bislang im Änderungsblatt aufgezeigten Ansatzveränderungen führen zu einer leichten Verringerung des Fehlbetrags auf derzeit 1.759.450 € (Anlage 4 - Entwicklung des Eigenkapitals). Der Fehlbetrag muss vollständig durch die Allgemeine Rücklage gedeckt werden.

In der Sitzung des Rates am 20.01.2015 wurde der Finanzzwischenbericht für das IV. Quartal 2014 zur Kenntnis genommen. Hierin wurde der Fehlbetrag für das Jahr 2014 mit rd. 3,36 Mio. € beziffert. Dieser Fehlbetrag ist aus folgendem Grund um rd. 340.000 € auf 3,7 Mio. € zu erhöhen:

Das Neue Kommunale Finanzmanagement sieht die Verpflichtung zur Bildung von Rückstellungen für Pensions- sowie Beihilfeverpflichtungen für die Pensionäre und die aktiven Beamten der Gemeinde vor. Aus den Rückstellungen sind die künftigen Pensionen sowie Beihilfen zu zahlen. Die Ansätze für die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen basieren auf den Berechnungen der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw Münster), die durch die Heubeck AG vorgenommen werden.

Zum Stichtag 31.12.2013 hatte die Gemeinde Ostbevern Rückstellungen in Höhe von rd. 3,4 Mio. € für Pensionsverpflichtungen und rd. 880 T€ für Beihilfeverpflichtungen zu bilden. Die kwv Münster beziffert aktuell die zum Stichtag 31.12.2014 zu bildenden Rückstellungen auf rd. 4,2 Mio. € für Pensionsverpflichtungen und rd. 1.080 T€ für Beihilfeverpflichtungen. Insgesamt ist somit eine Erhöhung der Rückstellungen im Jahr 2014 um rd. 1 Mio. € gegeben.

Ursächlich für diese Entwicklung ist zum größten Teil der Wechsel im Bürgermeisteramt. Im Haushalt für das Jahr 2014 wurden – nach Rücksprache mit der kwv Münster – aufgrund des Wechsels im Bürgermeisteramt bereits zusätzlich zu bildende Rückstellungen in Höhe von fast 500 T€ veranschlagt. Tatsächlich sind hierfür zusätzliche Rückstellungen in Höhe von nahezu 800 T€ zu bilden. Hinzu kommen für die weiteren aktiven Beamten und Pensionäre aufgrund einer von der Heubeck AG durchgeführten „Bewertungsanpassung“ nicht vorhersehbare Steigerungen, so dass gegenüber der

Haushaltsplanung ein Betrag in Höhe von rd. 340.000 € als zusätzlicher Aufwand für Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen zu verzeichnen ist.

Unter Berücksichtigung des für 2014 neu prognostizierten Fehlbetrags in Höhe von rd. 3,7 Mio. € beträgt die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in 2015 damit rd. 4,7 %. Die im Änderungsblatt aufgezeigten Auswirkungen auf die Folgejahre sind von geringer Höhe. Ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 76 GO NRW ist derzeit auch weiterhin nicht aufzustellen.

Beim Gesamtfinanzplan erfolgte eine Aktualisierung des Kassenbestandes zum 31.12.2014. Unter Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen in Höhe von rd. 1,4 Mio. € wird nun davon ausgegangen, dass Ende 2015 voraussichtlich über 5 Mio. € Kassenkredite zu verzeichnen sein werden. Aus diesem Grunde ist zur Sicherung der Liquidität der im Entwurf der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, um weitere 1 Mio. € auf nunmehr 6 Mio. € festzusetzen.

Wolfgang Annen
Bürgermeister

Hubertus Stegemann
Fachbereichsleiter

Chr. Busch-Lütke Westhues
Sachbearbeiter